

Entweder das eigene Land ernähren oder die Gläubiger bezahlen

Der Krieg im Iran wird bis Ende dieses Jahres eine weltweite Wirtschaftskrise auslösen. Es ist mit einem Ölschock zu rechnen, den sich das Schuldensystem nicht leisten kann.

8. Oktober 2026 | Michael Hudson im Gespräch mit Robinson Erhardt

Was nützt die Kreditwürdigkeit eines Landes, wenn ihre Aufrechterhaltung den Stillstand seiner Wirtschaft bedeutet? In diesem Gespräch mit Robinson Erhardt untersucht Michael, wie aus einem Energieschock eine Schuldenkrise wird. Seine Forderung an China ist ebenso pointiert: Eine andere Weltordnung würde erfordern, dass der stärkste Gläubiger Verluste hinnehmen muss, wenn die Schuldner nicht zahlen können.

Energiepreise und die Gefahr einer globalen Depression

Robinson Erhardt: Michael, ich bin heute Morgen mit einem neuen Artikel aufgewacht, den du mir geschickt hast – oder vielleicht waren es auch nur ein paar Gedanken von dir, aber sie waren schlüssig genug, um als Artikel durchzugehen. Du stellst eine außergewöhnliche Prognose auf: Der Iran-Krieg wird bis Ende dieses Jahres eine weltweite Depression auslösen. Warum ist das so?

Michael Hudson: Weil die Öl- und Gaspreise steigen. Das bedeutet, dass auch die Preise für Düngemittel steigen werden. Die Kraftstoffkrise wird somit mit einer Nahrungsmittelkrise einhergehen. Getreideexporte aus der Ukraine und Russland werden infolge des Krieges der USA und der NATO gegen Russland blockiert, wobei die USA der Ukraine Anweisungen geben, welche Schiffe im Schwarzen Meer und im Asowschen Meer bombardiert werden sollen, und Russland mit der Blockade der ukrainischen Schifffahrt reagiert hat.

Dies wird zweierlei zur Folge haben. Allein was die Preise betrifft, wird es die Zahlungsbilanz von Ländern mit Öl- und Nahrungsmitteldefizit weiter ins Minus treiben. Wie sollen sie sich das leisten können, bei ohnehin schon angespannten Bilanzen und begrenzten Ressourcen?

Sie werden eine Entscheidung treffen müssen. Zudem stehen bei ihnen zahlreiche fällige Schuldendienstzahlungen an. Ihre größten Verbindlichkeiten in Fremdwährung bestehen gegenüber Anleihegläubigern, Banken und dem IWF, deren Forderungen gegenüber diesen Ländern alle in US-Dollar denominated sind.

Werden diese Länder ihre eigene Wirtschaft in den Vordergrund stellen, indem sie die benötigten, teureren Öl-, Gas- und Nahrungsmittelimporte bezahlen und sagen: „Wir fordern ein Moratorium. Wir können diese Schulden nicht begleichen. Wir müssen unserer eigenen Wirtschaft Vorrang einräumen“? Oder werden sie so vorgehen wie in der Vergangenheit und ihre Finanzministerien anweisen, der Begleichung ihrer Auslandsschulden Vorrang einzuräumen?

Ich denke, dass sie – soweit sie demokratisch sind und innerstaatlichem politischem Druck ausgesetzt sind – die höheren Importpreise zahlen und Subventionen bereitstellen werden. Diese werden

es ihren Arbeitnehmern und der Bevölkerung ermöglichen, ihre Wohnungen zu heizen und zu beleuchten, und ihren Unternehmen, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Tun sie dies nicht, werden sie so dastehen wie **Deutschland** nach dem 9. Februar 2022, als die USA dem Land auferlegten, den Import von russischem Gas einzustellen. Deutschland musste abrupt auf andere Energiequellen umsteigen und zahlte für US-Flüssigerdgas das Sechsfache dessen, was es zuvor an Russland gezahlt hatte.

Deutschland hatte genug Geld, um dies zu bezahlen, und die meisten Unternehmen hatten genug Geld, um es zu bezahlen. Aber Deutschland und der größte Teil Europas mussten damit beginnen, der Bevölkerung Subventionen zu gewähren. Dies trieb die nationale Finanzpolitik Europas in die Defizite. Die willkürliche EU-Vorschrift, die Haushaltsdefizite lange Zeit auf gerade einmal 3 Prozent des BIP begrenzte, wurde kürzlich in der Praxis auf 5 Prozent angehoben – als Reaktion auf die Forderungen der USA an Deutschland und Europa, 5 Prozent ihres BIP aufzubringen, nur um gegen Russland in den Krieg zu ziehen und „sich für einen unmittelbar bevorstehenden Angriff Russlands zu wappnen.“ Die Fantasievorstellung ist, dass Russland durch einen Einmarsch in Europa irgendwie ein Drittel seiner Bevölkerung opfern wird.

Das ist natürlich lächerlich, und die Wähler haben dies auch erkannt. Man sieht, wie unbeliebt Merz in Deutschland, Macron in Frankreich und die britische Labour-Partei sind. Die USA bestehen darauf, dass ihre Verbündeten fast ihr gesamtes BIP-Wachstum – und 5 Prozent sind weit mehr als ihr BIP-Wachstum – für die Unterstützung von Trumps Kriegen gegen Russland, den Iran und jeden anderen als Feind bezeichneten Gegner aufwenden.

Dies zwingt andere Länder dazu, das folgende Argument anzuführen. Die globale Mehrheit kann sagen: „Die Schulden, die wir haben, lauten auf US-Dollar. Aber die USA selbst haben den Krieg ausgelöst, der die Kosten für unsere Energie und Lebensmittel in die Höhe getrieben hat und uns daran hindert, diese Schulden zu begleichen, wenn wir die Zahlungsfähigkeit unserer eigenen Unternehmen und Bevölkerung aufrechterhalten wollen. Deshalb stellen wir unsere eigene Wirtschaft und Bevölkerung an erste Stelle.“

Dies würde einen Bruch mit der US-Ordnung erzwingen. Es gibt wirklich kaum eine andere Wahl. Dies führt weltweit zu einer politischen Krise.

***Es muss eine Alternative zu dieser US-Ordnung geben,
die droht, Länder in eine Depression zu treiben.***

Wenn es für die Industrie unrentabel ist, Energie – Öl und Gas – zu den aktuellen Preisen zu nutzen und dennoch Gewinne zu erzielen, wird es zu Arbeitslosigkeit kommen, genau wie es in der deutschen Automobil-, Stahl- und Glasindustrie geschehen ist. Landwirte werden sagen: „Wenn wir höhere Preise für Düngemittel und Diesel für unsere Traktoren zahlen müssen, so wie es die amerikanischen Landwirte bereits erfahren haben, dann können wir es uns nicht leisten, unsere Felder in diesem Jahr zu bestellen, in der Hoffnung, bei den Preisen, die von den Banken und Einkaufsagenten – unseren zukünftigen Kunden – angeboten werden, noch Gewinn zu erzielen.“

Viele landwirtschaftliche Betriebe und Industriezweige werden ihre Schulden nicht mehr begleichen können. Dies wird eine Welle von Zahlungsunfähigkeiten und Zusammenbrüchen auslösen – einen Dominoeffekt, der sich über die gesamte Wirtschaftskette hinweg ausbreitet. Dies wird sich auch

auf die US-Wirtschaft selbst auswirken, die – genau wie 1929 – die am stärksten verschuldete Volkswirtschaft der Welt ist.

Die USA wurden zum größten Opfer der gläubigerfreundlichen Politik, die sie nach dem Ersten Weltkrieg durchgesetzt hatten. Diese Politik führte 1931 zu einem Moratorium für die Schulden zwischen den Alliierten und die deutschen Reparationszahlungen, als die ganze Welt erkannte, dass es sich die Länder nicht leisten konnten, ihre Schuldenlast – hauptsächlich in US-Dollar – zu begleichen und dennoch aus der Weltwirtschaftskrise herauszukommen, die die 1930er Jahre prägte.

Vor dieser Entscheidung steht die Welt heute, wenn sich Länder abspalten und sagen: „Wir brauchen jetzt ein Moratorium.“ Das Problem besteht nicht einfach in der Politik der Trump-Regierung, einen Krieg gegen den Iran zu führen, oder in der Fortsetzung des Krieges der Biden-Regierung gegen Russland und der langfristigen neokonservativen US-Politik. Es geht weit darüber hinaus, nämlich auf die gesamte Art und Weise, wie das Weltwirtschaftssystem nach 1945 von den USA gestaltet wurde, um ihre eigenen Interessen als weltweit führende Industrienation und Gläubiger zu vertreten.

Es wurden kreditgeberfreundliche Regeln und Sparmaßnahmen Ländern auferlegt, die ihre Schulden nicht begleichen konnten, während gleichzeitig Freihandelsregeln durchgesetzt wurden, die vor allem Großbritannien, seine ehemaligen Kolonien und letztendlich die sogenannte Dritte Welt – den Globalen Süden – in die Verschuldung trieben. Das Ergebnis ist seit 1945 ein ungleicher Austausch.

Es herrscht Einigkeit darüber, dass dieser Austausch ungerecht ist. Dieses moralische Prinzip – was gerecht ist – rückt nun in den Vordergrund. Nun muss nur noch konkret dargelegt werden, wie wir ein anderes System schaffen können.

Wahlen und außenpolitische Kontinuität

Robinson Erhardt: Du hast eine weltweite politische Krise beschrieben, in der Länder vor der Wahl stehen, entweder deutlich höhere Ölpreise zu zahlen oder ihre Auslandsschulden zu tilgen. Wir führen dieses Gespräch einen Monat oder anderthalb Monate vor wichtigen Wahlen in den USA, und in gewisser Weise stehen wir im Schatten dieser Wahlen. Haben diese Wahlen irgendeinen Einfluss auf die Krise, oder wäre es erst bei einer Präsidentschaftswahl wirklich von Bedeutung?

Michael Hudson: Weder diese Zwischenwahlen noch die Präsidentschaftswahlen haben irgendeinen Einfluss darauf, wie sich diese Krise entwickeln wird. Sowohl die Republikaner als auch die Demokraten befürworten den Kalten Krieg, den Krieg gegen den Iran, den Krieg gegen Russland und die gesamte US-zentrierte Weltordnung. Trump folgt lediglich der demokratischen Politik von Präsident Biden – nur mit noch größerem Nachdruck.

Der Kongress steht ebenso wie der US-Senat weitgehend unter dem Einfluss der großen Wahlkampfspender. Wenn beide dieselbe Idee unterstützen, könnten die Demokraten sagen: „Lasst uns den Trumpismus ohne Trump haben.“

Ich glaube, wir beide haben dieses Gespräch bereits im Jahr 2024 geführt, als ich Berater von Jill Stein von der Grünen Partei war. Ihre Position in Michigan, Minnesota und im Mittleren Westen mit ihren großen muslimischen Bevölkerungsanteilen war, dass die Demokraten die kriegsbefürworten-

de Partei waren und schon immer gewesen waren. Es kam nicht in Frage, für Bidens Nachfolger zu stimmen, einen weiteren demokratischen Präsidenten, der genau diese Politik fortsetzen würde.

Es war die Anti-Kriegs-Stimme im Norden – mit einem zwar recht knappen, aber dennoch bedeutenden Vorsprung, sodass niemand von einer „gestohlenen Wahl“ sprechen konnte –, die den Wahlausgang zugunsten von Trump entschied. So wie er die erste Wahl gewann, weil er nicht Hillary war, gewann er die zweite, weil er nicht Biden oder Bidens designierter Nachfolger war. Die Menschen waren von den Demokraten angewidert, und ich glaube, sie sind einfach nicht zur Wahl gegangen.

Vor einigen Monaten, bevor der Krieg im Iran richtig eskalierte und die Ölkrise mit der Sperrung der Straße von Hormus begann, dachte ich, der Rest des Landes würde vielleicht erkennen, dass es hier eigentlich nur eine Partei gibt. Diese wird von den Neokonservativen, den sie unterstützenden Milliardären und der AIPAC dominiert, die größtenteils von Milliardären finanziert wird – nicht nur von Israel. Ich dachte, die Wahlbeteiligung könnte sehr gering ausfallen.

Es stellt sich heraus, dass Trump sich auf so korrupte, verabscheuungswürdige Weise verhält – insbesondere mit seiner Äußerung, er werde das Kennedy Center abreißen, wenn er seinen Namen nicht darauf anbringen könne. Solche Dinge verstoßen gegen die moralischen Grundsätze. Die Menschen wollen eine Botschaft senden: „Wir wollen Trump loswerden. Wir wollen die Republikaner loswerden, die sich nicht von ihm losgesagt haben, sondern auf mysteriöse Weise unter seiner fast hypnotischen Kontrolle zu stehen scheinen. Also werden wir die Nase rümpfen und für die Demokraten stimmen.“

So sieht es aus, als würde es passieren. Aber es wird an der Politik überhaupt nichts ändern: die Unterstützung dieser Weltordnung. In der US-amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie vom vergangenen Dezember hieß es, dass die Weltordnung, die wir 1945 etabliert haben, auch den USA nicht mehr diene. Wir sind keine Industriemacht mehr. Wir haben uns im Zuge der Finanzialisierung deindustrialisiert. Wir sind kein weltweiter Nettogläubiger mehr.

Wir haben enorme Staatsschulden gegenüber dem Ausland angehäuft, da wir ihnen nun kein Gold mehr geben. Anstatt ihre Dollarzuflüsse zum Kauf von Gold zu nutzen, waren sie viele Jahre lang gezwungen, US-Schatzanweisungen, Anleihen und andere Wertpapiere – verschiedene Schuldscheine – zu kaufen. Doch das tun sie nun nicht mehr.

Uns bleibt nichts anderes übrig, als Tribut zu fordern. Wir müssen wirtschaftliche und politische Macht einsetzen, Engpässe in der Weltwirtschaft schaffen und das dollarbasierte Finanzsystem als Waffe nutzen, um Geld zu verdienen. Das ist es, was Trump im Grunde gesagt hat: „Ich werde meine Zollpolitik durchsetzen. Ich habe damit gedroht, im Ausland Chaos zu stiften, indem ich deren Möglichkeit, Industriegüter auf den US-Markt zu exportieren, abrupt unterbinde, sollten sie keine politischen Zugeständnisse machen und sich unserer Kriegspolitik gegen Russland und den Iran anschließen.“ Daraufhin eskalierte er den Krieg gegen den Iran.

Die USA können den Wohlstand, den sie im eigenen Land nicht mehr erwirtschaften, nur noch aufrechterhalten, indem sie ihn aus dem Ausland beziehen. Aber es gibt keine Möglichkeit mehr, dies über den Außenhandel oder gar über ein Kreditsystem zu erreichen, da die USA das Kreditsystem nun als Waffe einsetzen. Es ist für andere Länder buchstäblich unsicher, Kredite in US-Dollar zu vergeben, dem US-Finanzministerium Geld zu leihen oder gar ihr Gold in den USA zu

lagern. Wie wir in der vergangenen Woche gesehen haben, haben sogar die Niederlande ihr Gold zurückgefordert.

Die Länder bereiten sich darauf vor, ihre Volkswirtschaften von den USA abzukoppeln. Das ist die Krise. Was wir nicht wissen, ist, wie sie gelöst werden wird und was an ihre Stelle treten wird.

Robinson Erhardt: Ich möchte noch einmal auf die Einzelheiten des Krieges gegen den Iran und dessen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft zurückkommen, aber zunächst möchte ich etwas zu den bevorstehenden Wahlen klarstellen.

Das mag vielleicht zusammenhanglos klingen, aber ich bin derzeit sehr pessimistisch, was KI angeht. Ich bin auch pessimistisch, dass – obwohl wir angeblich in einer Demokratie leben – irgendetwas, was ein einzelner Wähler tun kann, die drohende Krise abwenden wird. Eine weitere Analogie ist unsere Unterstützung für Israel. Wenn jemand diese Unterstützung ablehnt, glaube ich nicht, dass es bei der letzten Präsidentschaftswahl eine Möglichkeit gegeben hätte, so abzustimmen, dass dies unsere Politik beeinflusst hätte.

Habe ich recht mit der Annahme, dass es im Vorfeld dieser Wahl nichts gibt, was ein Wähler wirklich tun kann, um die Ereignisse im Iran und deren mögliche Auswirkungen auf die Wirtschaft zu beeinflussen?

Michael Hudson: Du hast drei verschiedene Bereiche angesprochen, daher möchte ich auf jeden einzelnen eingehen. Ich glaube nicht, dass die Wähler in Amerika irgendetwas gegen KI unternehmen können. Ich bin sehr gespannt, was die Wähler in Südkorea tun können. In den letzten Tagen hat Trump Südkorea mitgeteilt: „Zusätzlich dazu, dass ihr uns 350 Milliarden Dollar für den Zugang zum amerikanischen Markt und eine Senkung unserer Zölle von 25 auf 15 Prozent zahlt, wollen wir, dass ihr aufhört, chinesische KI zu kaufen. Wir wollen, dass ihr das amerikanische Monopolssystem nutzt. Wir wollen, dass ihr das Zehnfache bezahlt, um euch dauerhaft in die Abhängigkeit von US-KI-Monopolen unter unserer Kontrolle zu zwingen, damit wir das als Druckmittel nutzen können, um eure Wirtschaft jederzeit zu zerstören, wenn wir den „Kill-Switch“ für euch betätigen.“

Das ist für Korea ein Ausschlusskriterium und muss dort für eine gewisse Panik sorgen. Darüber können wir später sprechen. Die einzigen Wahlen, die meiner Meinung nach etwas mit KI zu tun haben könnten, finden in Korea und vielleicht in Japan statt. Ich bin mir sicher, dass die USA Druck auf ihre engsten Verbündeten ausüben – die einzigen Länder, auf die sie Einfluss nehmen können –, damit diese keine chinesische KI, keine Chips und keine Computer- und Informationstechnologie verwenden, die China zu deutlich niedrigeren Preisen und offenbar mit höherer Effizienz entwickelt hat. Es wird in weiten Teilen der Welt als offenes System kostenlos zur Verfügung gestellt, weshalb es in Afrika und vielen anderen Regionen Einzug hält.

Die zweite Frage betraf den Krieg gegen den Iran – oder, nein, Israel. Ich glaube, dass sich in vielen Bundesstaaten der Kampf zwischen Republikanern und Demokraten um Israel drehen wird. Demokratische Kandidaten für den Kongress und vielleicht auch für den Senat – obwohl mir im Moment keiner einfällt – werden sagen: „Ich habe die Vorwahl der Demokraten gewonnen, indem ich gesagt habe, dass ich kein Geld von der AIPAC annehme. Mein republikanischer Gegner tut dies sehr wohl. Wen werden Sie wählen? Werden Sie für die AIPAC stimmen oder für den Grundsatz, dass alle Menschen gleich sind und man Menschen nicht töten darf, nur weil sie einer anderen ethni-

schen Gruppe angehören und Ihre Religion besagt, dass Gott Ihnen gebietet, jeden zu töten, der nicht zu den Ihren gehört?“

In diesen Fällen glaube ich, dass die Demokraten gewinnen werden, und es wird sich dabei ausdrücklich um eine Anti-AIPAC-Stimme handeln. Aber AIPAC wird weiterhin riesige Geldsummen bereitstellen, oder es wird AIPAC-ähnliche Vehikel geben, über die die Spenderklasse auch in Zukunft Kandidaten unterstützen kann.

Wo AIPAC und Israel keine konkreten Themen sind, werden die Demokraten meiner Meinung nach einfach zu Hause bleiben, während die Republikaner zur Wahl gehen werden. Sollte es Präsident Trump gelingen, ICE-Beamte an allen Wahllokalen zu stationieren, werden Einwanderer – selbst eingebürgerte Bürger – Angst haben, zur Wahl zu gehen, aus Furcht, verhaftet und auf Vorstrafen überprüft zu werden – etwa wegen einer Rotlichtübertretung oder Ähnlichem –, um sie anschließend abzuschieben. Es wird der Beginn einer Schreckensherrschaft an den Wahllokalen sein, und das dürfte den Republikanern sicherlich helfen.

Was den Krieg gegen den Iran betrifft, hat Trump den Eindruck erweckt, dass die riesigen Mengen an Bomben, die er nach Israel geschickt hat, dazu bestimmt sind, auf den Iran abgeworfen zu werden. Auf wen sonst sollten sie abgeworfen werden? Wir sprechen hier von Bomben, die größer sind als jene, die im Zweiten Weltkrieg auf Japan und Deutschland abgeworfen wurden.

Diese sind nicht für den Einsatz gegen das Westjordanland und den Gazastreifen gedacht, die bereits verwüstet sind. Sie sind offensichtlich für den Iran bestimmt. Die Frage ist, ob der Iran russische, vielleicht auch chinesische Unterstützung beim Abschuss der Bomber erhalten wird oder ob das Militär selbst diese Politik ablehnen wird, so wie seine Führung offenbar Trumps Versuch oder Wunsch abgelehnt hat, eine Atombombe – oder viele Bomben – gegen den Iran einzusetzen.

Ich denke, die Frage wird militärischer Natur sein. Der Kongress hat bei der Kriegserklärung kein Mitspracherecht mehr. Es spielt keine Rolle, wer in den Kongress gewählt wird, denn der Kongress spielt bei all dem keine Rolle.

Erdölreserven und der Kraftstoffpreis

Robinson Erhardt: Das beantwortet wohl meine Frage, die ich nicht besonders gut formuliert habe. Ich wollte wissen, ob es für Wähler in Michigan, Texas oder wo auch immer – wenn sie die Benzinpreise satt haben oder einfach nicht mehr wollen, dass wir uns im Iran engagieren – eine Rolle spielt, wie sie wählen. Es klingt so, als wäre die Antwort „nein“.

Michael Hudson: Ich glaube, sie sind besorgt. Die Frage ist nur, wie viele die Nachrichten überhaupt lesen.

Es gibt einen Grund, warum die Benzinpreise nicht noch stärker gestiegen sind: Die USA greifen, wie andere Länder auch, auf ihre nationalen Erdölreserven zurück. Das Öl, das wir nicht aus dem Persischen Golf beziehen, wird aus den Salzkavernen der USA gepumpt, in denen die Reserven gelagert werden. Ist den Menschen bewusst, dass diese Vorräte plötzlich nicht mehr zur Verfügung stehen werden, wenn sie zur Neige gehen und aufgebraucht sind?

Das politische Problem wird sein: Während Amerika selbst unter Diesel-, Benzin- und Ölmangel leidet, hat es Öl nach Europa und an seine Verbündeten exportiert. Natürlich hat es das. Da die

Preise in den USA und weltweit gestiegen sind, macht die Ölindustrie einen Riesengewinn. Die Preise werden auf Weltmarktniveau festgelegt, bedingt durch die Tatsache, dass der Krieg im Iran den Persischen Golf blockiert hat. Aber die Produktionskosten für amerikanisches Öl und Gas sind nicht gestiegen. Plötzlich hat sich die Spanne zwischen dem Marktpreis und den US-Produktionskosten vergrößert, was den Öl- und Gasunternehmen einen regelrechten Goldrausch beschert.

Die Ölindustrie gehört seit einem Jahrhundert zu den größten Wahlkampfspendern. Ich glaube, sie hat mehr Macht als jeder andere. Man kann davon ausgehen, dass die Ölkonzerne und ihre Lobbyisten beruhigende Worte finden werden, um die Wähler zu beschwichtigen: „Bald wird alles vorbei sein. Wir verhandeln gerade über einen Ausweg aus der Blockade der Straße von Hormus.“

Es lässt sich unmöglich sagen, ob Amerika die Meerenge tatsächlich noch vor der Wahl öffnen kann oder was es zu bieten hat. Sicherlich wird der Iran selbst nichts unternehmen, was Trump verärgern könnte, wenn er eine Einmischung der USA befürchtet. Hinzu kommt, dass die Jemeniten rasch gegen Saudi-Arabien vorrücken und im Jemen ein Bürgerkrieg tobt. Die gesamte Region ist so instabil, dass man es einfach nicht weiß.

Ich glaube, die Wähler werden sich in der Ölfrage zurückhalten. Sie werden eher den Schlagzeilen zu persönlichen Themen folgen als auf ihren eigenen Geldbeutel zu achten, so überraschend das auch erscheinen mag. Die Republikaner sind vielleicht mehr um ihren Geldbeutel besorgt, insbesondere Lkw-Fahrer und die Arbeiterklasse.

Sollte Trump die nationale Erdölreserve leeren müssen – selbst wenn dies zum Einsturz oder zur Verschmutzung der Salzkavernen führen würde –, wird er alles tun, um die Preise für Benzin, Diesel und Flugkraftstoff niedrig zu halten. Die Dieselpreise steigen jedoch, was die Kosten für Lebensmittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse und andere Produkte erhöht, die per Lkw oder Bahn transportiert werden. Die Menschen mögen sagen: „Uns geht es nur um unsere Autos, nicht um das.“ Und die Stadtbevölkerung ist möglicherweise nicht so besorgt wie die Landbevölkerung. Dies könnte in den westlichen Bundesstaaten stärkere Auswirkungen haben als im Osten und Süden.

Was das BIP und die Beschäftigungszahlen messen

Robinson Erhardt: Um auf die zu Beginn geäußerte Behauptung zurückzukommen, dass wir im Jahr 2026 möglicherweise in eine Depression geraten könnten, gibt es einen offensichtlichen Einwand. Die aktuellen Zahlen der amerikanischen Wirtschaft sehen nicht so aus, als stünde die Wirtschaft kurz vor einer Depression. Ich glaube, die Arbeitslosenquote liegt bei 4,1 Prozent, es werden weiterhin Arbeitsplätze geschaffen, und das BIP ist im zweiten Quartal dieses Jahres gewachsen. Warum glaubst du, dass diese Zahlen ein irreführendes Bild unserer aktuellen Lage vermitteln?

Michael Hudson: Denn das BIP ist nicht gleichbedeutend mit der Wirtschaft. Was ist ein Produkt? Die USA erfassen einen enormen Anteil – vielleicht 40 Prozent, vielleicht 50 Prozent –, der überhaupt kein Produkt ist. Zum Beispiel werden Zinsen zum BIP gezählt. Wenn die Zinssätze steigen, wird dies als BIP gewertet. Wenn Menschen mit ihren Kreditkartenzahlungen in Verzug geraten, werden ihnen Strafzinsen berechnet. Diese Strafen, die genauso hoch sein können wie die Zinssätze und die Gesamtbelastung auf über 30 Prozent treiben, werden vom Handelsministerium als Erbringung von Finanzdienstleistungen eingestuft. Finanzdienstleistungen sind keine Produkte; sie sind wirtschaftliche Rente.

Wenn die Immobilienpreise steigen, werden Hausbesitzer vom Census Bureau oder vom Bureau of Labor Statistics gefragt: „Was müssten Sie zahlen, wenn Sie Ihre Wohnung vermieten müssten?“ Sie antworten: „Da ich sehe, dass die Mieten überall um mich herum steigen, vielleicht auch in meiner Eigentumswohnung oder meinem Wohnhaus, kann ich mir vorstellen, dass meine Miete auf diesen oder jenen Satz steigen würde.“ Das wird als Anstieg des BIP gewertet.

Nahezu das gesamte Wachstum des Finanzvermögens seit 2008 war finanzieller Natur: Gewinne an den Aktienmärkten, Gewinne am Anleihemarkt. Die Dienstleistungen, Zahlungen und Vergütungen an die Rentierklasse, die Bankerklasse und die Privatkapitalklasse werden zum BIP gezählt. Damit sind wir wieder bei dem berühmten Zitat des Goldman-Sachs-Chefs Lloyd Blankfein angelangt, der sinngemäß sagte: „Unsere Partner leisten den größten Beitrag zum BIP aller Unternehmen in Amerika. Schauen Sie sich nur an, wie viel wir ihnen zahlen.“

Eine solche Zahlung, eine Bruttolandesausgabe, ist der Preis für die Geschäftstätigkeit, der Preis für den Betrieb einer Wirtschaft. Dazu gehören Grundrente, Immobilienpreise, Finanzpreise und Monopolrenten. All dies sind Kosten, aber es handelt sich nicht um Produkte.

Die amerikanische Wirtschaft durchläuft einen Deindustrialisierungsprozess. Was die Beschäftigung angeht, so entfielen fast alle neu geschaffenen Arbeitsplätze in jüngster Zeit auf das Gesundheitswesen, das mit Abstand den größten Bereich darstellt. Warum ist das so? Viele Einwanderer ohne Aufenthaltsgenehmigung waren in der häuslichen Pflege tätig; das war eine der Tätigkeiten, die sie ausüben konnten. Sie werden abgeschoben oder trauen sich nicht mehr, zur Arbeit zu erscheinen.

Trägt die medizinische Versorgung der Rentner oder der kranken Bevölkerung zum BIP bei? Das ist zwar weit hergeholt, aber man könnte sagen, dass dies möglicherweise der Fall ist. Dennoch macht die medizinische Versorgung fast 20 Prozent des amerikanischen BIP aus. Warum ist sie hier so viel teurer als in Ländern mit einem öffentlichen Gesundheitswesen oder zumindest in Ländern, die die Krankenkassen vermieden haben, die wir infolge von Obamacare haben? Ist all das wirklich Produktivität?

Was dabei aus den Augen verloren wird, ist die Frage, was Produktivität eigentlich ist und was ein Produkt ausmacht. Die Beschäftigung in der Industrie ist zurückgegangen. Als Präsident Trump wollte, dass Korea hier ein Werk baut, konnten die Unternehmen keine amerikanischen Arbeitskräfte finden, die über die technischen Fähigkeiten für den Bau verfügten. Daraufhin wurden einige der koreanischen Arbeiter verhaftet und nach Korea zurückgeschickt.

Das Gleiche geschah mit den Taiwanesen. Sie erklärten sich bereit, die Chip-Fertigung in einen westlichen Bundesstaat zu verlagern, und sagten: „Wir finden einfach keine amerikanischen Arbeitskräfte.“ Trump erkundigte sich daraufhin bei China nach dem Schiffbau. In Amerika gibt es weder Werften noch dafür ausgebildete Arbeitskräfte. Es verfügt nicht mehr über die Arbeitskräfte, um jene industriellen Aufgaben zu bewältigen, die es ursprünglich im Jahrhundert nach dem Ersten Weltkrieg zu einer so dominanten Weltmacht gemacht hatten. All das hat es verloren.

Ich glaube nicht, dass die Beschäftigungs- oder BIP-Zahlen mehr sind als ein Hinweis darauf, wie reich die Rentierklasse wird. Laut der Federal Reserve haben 40 Prozent der Bevölkerung überhaupt keine Ersparnisse. Sie leben von Gehaltsscheck zu Gehaltsscheck und verschulden sich immer mehr.

Für die meisten Amerikaner haben sich der Lebensstandard und das, was sie sich leisten können, nicht verbessert. Das gesamte Wachstum ist der reichsten Finanzklasse zugeflossen: Nennen wir sie die 10 Prozent, das 1 Prozent oder die 0,1 Prozent. Es ist so stark konzentriert, dass es sich um eine verzerrte Art von Wachstum handelt, die die meisten Gesellschaften nicht als gerecht empfinden. Die meisten Menschen sind der Meinung, dass Wachstum gerecht in der gesamten Gesellschaft verteilt werden sollte. Das geschieht nicht, denn wir leben mittlerweile in einer Oligarchie, nicht in einer Demokratie.

Robinson Erhardt: Ich verstehe, was du über das BIP und die Beschäftigungszahlen sagst. Gibt es bessere, öffentlich zugängliche Kennzahlen, die deiner Meinung nach die wirtschaftliche Entwicklung treffender widerspiegeln?

Michael Hudson: Nein. Die Regierung hat sich so weit wie möglich dagegen gewehrt, denn wenn es diese Kennzahlen gäbe, sähen die Aussichten für die USA weitaus weniger vielversprechend aus als für andere Länder.

Es gab einen regelrechten ideologischen Kampf gegen die Rolle des Staates in der Wirtschaft. Das ist Thatcherismus und Reaganomics. Darin heißt es, dass es so etwas wie wirtschaftliche Rente nicht gibt; jeder verdient das Einkommen, das er erzielt; jedes Einkommen ist verdient; es gibt kein unverdientes Einkommen. Das war eine stark subventionierte Wirtschaftsideologie. Es wurden sogar Nobelpreise dafür vergeben, dass man sie nicht kritisiert, sondern akzeptiert.

Keine der Interessengruppen hat versucht zu fragen: „Was wäre, wenn wir das BIP oder die nationale Produktion so berechnen würden, wie es China tut? Wie schneiden wir nach dieser Definition ab?“ Es gibt keine Diskussion darüber, was ein Produkt ist, was das Sozialprodukt ist, weil es keine Geschichte des ökonomischen Denkens gibt. Studierende und Führungskräfte aus Ländern der globalen Mehrheit, aus China selbst und aus aller Welt werden in die USA geschickt, um dort einen Abschluss in Wirtschaftswissenschaften zu erwerben, in der Hoffnung, dass sie dort lernen, wie Volkswirtschaften funktionieren. Das hat in der Praxis nicht wirklich funktioniert.

Vor zwei Wochen habe ich mit einem Professor für Philosophie und Geschichte aus Tennessee zu Mittag gegessen, der mich in New York besucht hat. Er erzählte mir, dass einer seiner Studenten gerade eine Stelle bei einer großen US-amerikanischen Risikokapitalfirma bekommen habe – ich weiß nicht mehr, bei welcher. Die Firma sagte: „Wir freuen uns, dass Sie einen Abschluss in Philosophie, in den Geisteswissenschaften haben. Wir stellen keine Ökonomen ein; die sind nicht besonders hilfreich.“ Ich habe andere Investmentbanker sagen hören: „Man braucht eigentlich keine Ausbildung. Alles, was man braucht, ist Gier.“

Wer hierherkommt, um Wirtschaftswissenschaften zu studieren, beschäftigt sich nicht mit Adam Smith, John Stuart Mill, Marx oder der Tradition der klassischen politischen Ökonomie. Worum ging es dabei eigentlich? Wie wurde ein Produkt darin verstanden? Inwiefern war sie der Leitgedanke des industriellen Kapitalismus?

Es war politisch: die Abschaffung der Grundbesitzerklasse und der Monopole, die Senkung der Unternehmens- und Lebenshaltungskosten, um Großbritannien zur Werkstatt der Welt zu machen – und später auch Deutschland und die USA. Was machte sie damals so erfolgreich? Warum sind wir heute nicht erfolgreich? Was machen wir anders?

Darüber wird nicht gesprochen. Darum geht es in der Wirtschaftswissenschaft nicht. Es geht nicht um Geschichte oder darum, wie die Realwirtschaft funktioniert.

KI und die auf die Verbraucher abgewälzten Kosten

Robinson Erhardt: Da du ja bereits erklärt hast, warum diese Zahlen nicht besonders hilfreich sind, möchte ich noch etwas näher auf das Thema Beschäftigung eingehen. Du hast den Zusammenhang mit Einwanderung, der Einwanderungsbehörde ICE und medizinischem Personal angesprochen.

Ich hatte kürzlich ein Gespräch, das ich sehr interessant fand. Mein Gesprächspartner meinte, er glaube, dass Tech-Milliardäre wie Elon Musk sich so lautstark zu Einwanderung und Einwanderungsgegnern äußern, weil sie davon ablenken wollen, dass es durch KI – in die sie massiv investiert haben – bald zu Arbeitsplatzverlusten kommen wird. Glaubst du, dass KI in naher Zukunft die Arbeitslosigkeit drastisch erhöhen wird, sei es bei qualifizierten Büroberufen oder anderen Tätigkeiten?

Michael Hudson: Theoretisch. Das ist die Hoffnung der Arbeitgeber: „Wir können unsere Belegschaft verkleinern, alle entlassen und die Arbeit einfacher von einem Computer erledigen lassen als von einem lebenden Menschen.“ Ich halte das nicht für vernünftig.

Wir haben bereits mit KI zu tun, wann immer wir eine Beschwerde bei einem Unternehmen einreichen wollen. Wir werden von der KI hin und her geschoben. Es ist sehr schwer, einen Menschen ans Telefon zu bekommen. Neulich habe ich einen Anruf von jemandem verpasst, weil es ein KI-Update auf dessen Telefon gegeben hatte und er entscheiden musste, ob er den Anruf annehmen wollte, anstatt einfach abzuhängen und „Hallo“ zu sagen.

Wird KI wirklich dazu beitragen, Arbeitsplätze zu retten? Anscheinend hatten viele Unternehmen darauf gehofft – auf einen massiven Personalabbau. Doch sie stellen fest, dass KI neue Probleme verursacht. Es ist viel einfacher, sich an einen Menschen zu wenden – vorausgesetzt, diese Person arbeitet schon länger als ein paar Monate dort.

Wenn meine Frau bei einem Unternehmen anruft, um sich nach einem Produkt zu erkundigen, oder einen Gesundheitsdienstleister kontaktiert, wird sie fast immer mit einem neu eingestellten Mitarbeiter verbunden, der nicht wirklich weiß, worum es geht. Sie muss fast immer nach einem Vorgesetzten fragen. Der Vorgesetzte kann die Dinge dann sehr klar regeln. Unter den Arbeitgebern herrscht ein Wettlauf nach unten. Dabei werden die billigsten Arbeitskräfte eingestellt, ohne Rücksicht auf Kompetenz oder Produktivität. Der billigste Mitarbeiter entpuppt sich als Maschine, die den Verbraucher hin und her schickt.

Bereits Ende der 1970er Jahre schrieb der Futurist Alvin Toffler darüber. Ein Großteil der Arbeit, die Unternehmen früher im Umgang mit Kunden und Klienten erledigten, wird nun auf den Kunden abgewälzt: Selbstbedienungskassen statt einer Person an der Kasse.

Meine Frau sagt an der Kasse oft: „Moment mal. Das ist der Preis, den Sie für den Brokkoli verlangen, aber auf dem Regal steht dieser Preis. Sie sind verpflichtet, den Regalpreis zu berechnen, nicht den Computerpreis.“ Dann heißt es: „Ich glaube, der Sonderpreis wurde noch nicht eingegeben.“ Sie muss immer sagen: „Holen Sie bitte einen Vorgesetzten her.“ Das liegt einfach in ihrer Natur.

Stell dir vor, du hättest es mit einer KI-Maschine zu tun. Manchmal ist es sehr schwer, einen Mitarbeiter zu erreichen. Die Maschine gibt eine automatisierte Antwort, und entweder stimmt der Preis nicht oder die Antwort ist falsch. Sie sagt: „Brauchen Sie Hilfe? Hier ist das Hilfemenü. Arbeiten Sie es bitte vollständig durch.“ Man muss all diese Arbeit selbst erledigen. Das wird für viele Menschen eine echte Belastung sein, und ich glaube, dass es dabei eine gewisse Abneigung gibt.

Dann stellt sich die große Frage: KI verbraucht zwei Dinge. Sie verbraucht enorme Mengen an Strom, was für die meisten Menschen zu höheren Strompreisen führen wird, und enorme Mengen an Wasser. Wo sollen die KI-Callcenter denn angesiedelt werden?

Man glaubte, das Problem lösen zu können, indem man sie in die Vereinigten Arabischen Emirate und nach Saudi-Arabien verlegte, doch dann bombardierte der Iran sie. Es sieht nicht so aus, als könnten die USA Rechenzentren und Cloud-Zentren dorthin verlegen, wo Energie am günstigsten ist, nämlich in die Region am Persischen Golf. Auch die westlichen Bundesstaaten scheinen aufgrund von Wasserknappheit keine geeigneten Standorte zu sein. Die meisten ländlichen Gebiete verfügen zudem nur über begrenzte Stromkapazitäten, und angesichts der regulatorischen Probleme dauert es fünf Jahre, neue Stromversorgungsunternehmen aufzubauen.

Es gibt so viele Probleme mit der Technologie selbst, ganz abgesehen von der Frage, wie gut sie funktionieren wird. Genau wie du bin ich kein Fan von KI. Das ist nicht mein Fachgebiet, aber die Hoffnungen und Versprechungen der Menschen eilen den Problemen voraus, die sie verursachen wird.

Die Menschen wollen Arbeitsplätze, und man muss Arbeitskräfte beschäftigen. Die vorgeschlagene Lösung lautet: „Lasst uns keine Arbeitskräfte beschäftigen.“ Die Lösung jedes Problems verursacht ein neues Problem. Ich warte ab, welche Probleme die KI-Lösung für die Wirtschaft mit sich bringen wird.

Öl und das Dollar-System

Robinson Erhardt: Vielen Dank für diese Exkurse zum Thema KI und Arbeitslosenzahlen. Um auf deine ursprüngliche Prognose zurückzukommen: Glaubst du, dass es bei dem Krieg mit dem Iran im Grunde genommen um den Iran und die USA geht? Oder ist der Iran nur ein Schauplatz in einem viel größeren Kampf um Öl, den Dollar, China, Russland und die Frage, wer die Weltwirtschaft kontrolliert?

Michael Hudson: Natürlich geht es um Öl. Ich habe dazu ausführliche Artikel auf meiner Website und für das „Democracy Collaborative“ veröffentlicht. Die USA wollen wirtschaftliche Zwangskontrolle über andere Länder ausüben, indem sie Engpässe in der Weltwirtschaft schaffen.

Ein früher Engpass war ihre Agrarexportkapazität. Nach der Revolution versuchten sie, Lebensmittelexporte nach China zu blockieren; Kanada durchbrach die Blockade. Die USA glaubten, dass sie gemeinsam mit Großbritannien und den Niederlanden – niederländisches Öl – damit drohen könnten, die Energieversorgung, die Beleuchtung, die Düngemittel- und die chemische Industrie von Ländern lahmzulegen, die sich der Macht der USA nicht unterwarfen, indem sie die Kontrolle über die weltweite Ölindustrie monopolisierten.

Die Ölindustrie war wahrscheinlich schon immer die profitabelste Branche in den USA und sicherlich die politisch einflussreichste. Die Politik sah vor, dass kein Land, das nicht unter der Kontrolle der USA, ihrer Unternehmen, Stellvertreter oder Satellitenstaaten stand, Öl exportieren durfte.

Deshalb wurde die iranische Regierung unter Mossadegh in den 1950er Jahren gestürzt und durch die brutale Diktatur des Schahs ersetzt, bis dieser schließlich 1979 gestürzt wurde. Die USA erklärten dem Iran den Krieg, weil der gesamte Plan der Neokonservativen zur Eroberung Westasiens – des Nahen Ostens – auf einem Bogen basierte, der sich von Nordafrika und Libyen über den Persischen Golf bis zum Iran erstreckte.

Der Iran wurde stets als die stärkste Nation der Region angesehen, wie es schon seit Jahrhunderten, ja sogar seit einigen tausend Jahren der Fall war. Er war der erste Feind. Dann wurde Russland zum Feind erklärt, als die NATO versuchte, zu expandieren. Das Ziel bestand nicht nur darin, die Sowjetunion zu zerstören, sondern auch Russland zu zerstören und es vorzugsweise aufzuteilen.

Der amerikanische Traum bestand darin, die Neoliberalen ins Land zu holen und das Eigentum zu übertragen: den Chefs der einzelnen Unternehmen die Kontrolle über deren Ressourcen zu geben. Die Wähler erhielten Gutscheine, aber was sollten sie damit anfangen? Meist verkauften sie diese, wie man so schön sagte, für den Preis von Wodka. Die Öl- und Bergbauindustrie wurde privatisiert. Doch nachdem Putin Präsident geworden war, begann Russland, sich wieder zu konsolidieren.

Die USA träumten davon, Russland in einzelne Regionen aufzuteilen. Schon als ich 1972, 1973 und 1974 für das Hudson Institute arbeitete, hatte man geplant, den Iran zu zerschlagen. Herman Kahn skizzierte dem Militär Pläne: „Wir können das Land entlang seiner ethnischen Grenzen aufteilen.“ Persien ist ein multiethnischer Staat. Er glaubte, man könne die Belutschen in Belutschistan [an der Grenze zwischen] dem Iran und Pakistan zu einem Aufstand ermutigen.

Dann wandten sich die USA an die Kurden und versprachen ihnen Kurdistan, wenn sie den Iran angreifen würden. Der springende Punkt war: „Wir können keine Macht zulassen, die stark genug ist, um von den USA unabhängig zu sein. Wenn sie stark ist, werden wir sie in viele Staaten aufteilen und sie untereinander kämpfen lassen.“

Der Iran sollte das erste Modell sein, aber das kam nie richtig in Gang. Dann kam Russland: „Wir haben die Sowjetunion zerschlagen; jetzt zerschlagen wir Russland.“ Das ist nie gelungen. Schließlich wurde Venezuela, sobald dort ein Sozialist gewählt wurde, auf ähnliche Weise isoliert wie zuvor Kuba. Der Krieg gegen den Iran ist also natürlich Teil des gesamten Bestrebens der USA, die internationale Ölindustrie zu kontrollieren. Finanzminister [Bessent] hat dies in einer Rede ausdrücklich dargelegt, nachdem Amerika in Venezuela einmarschiert war und die Kontrolle über dessen Öl übernommen hatte.

Er sagte, dass wir nicht nur Venezuelas Öl beschlagnahmen werden. Das Problem ist, dass Venezuela nicht nur die Gewinne aus seinem Öl erhielt – die wir haben wollen –, sondern dass es sein Öl auch in anderen Währungen als dem Dollar, nämlich in chinesischer Währung, verkaufte. Es betrieb Handel mit China und Ländern außerhalb der Kontrolle der USA – Ländern, die die USA als ihre größten existenziellen Feinde betrachteten.

Bessent sagte, dass wir mit Russland und dem Iran dasselbe tun werden. Wir werden das iranische Öl an uns nehmen, es in Dollar bewerten und festlegen, mit welchen Ländern der Iran sein Öl han-

deln darf. Die genauen Zitate aus dieser Rede gebe ich in Artikeln auf meiner Website und auf der Website der „Democracy Collaborative“ wieder. Es handelte sich um eine sehr explizite Politik.

Bessent scheute sich nicht zu sagen, dass, sobald wir den Iran erobert haben, alle seine Öleinnahmen auf ein Konto des US-Finanzministeriums in unserem Namen eingezahlt werden. Wir werden entscheiden, wie wir diese Mittel ausgeben, nachdem wir uns die Kosten für die Eroberung des Irans erstattet haben.

Venezuelas Öleinnahmen werden auf ein Konto beim US-Finanzministerium eingezahlt, über das Donald Trump nach eigenen Angaben persönlich die Kontrolle hat. Er entscheidet, wie viel Zahlungen tatsächlich an Venezuela gehen und wie viel er für dessen Bekämpfung in Rechnung stellt. Andere Länder müssen uns die Kosten für die Beschlagnahmung ihres Öls und für ihren Schutz erstatten.

Bereits 2018 äußerte er die Ansicht, dass die OPEC-Länder für die Kosten unseres Schutzes aufkommen sollten. Anfang dieses Jahres erklärte er, wir könnten dem Iran keine Reparationszahlungen oder Mautgebühren in der Straße von Hormus gewähren, da wir diese Mautgebühren selbst einnehmen wollten. Wir verlangen 20 Prozent aller OPEC-Öleinnahmen als Gegenleistung für die Kosten, die uns durch ihren Schutz entstehen.

Diese „Verteidigung“ ist nichts anderes als Schutzgelderpressung. Die USA waren nicht in der Lage, Saudi-Arabien, Bahrain oder die Vereinigten Arabischen Emirate davor zu schützen, dass ihre Öl-, Erdgas- und Heliumanlagen vom Iran zerstört wurden.

Die USA verhalten sich, als wären sie die letzte Kolonialmacht der Welt, und behandeln alle Öl produzierenden Länder wie besiegte Kolonien, die Teil ihres Imperiums sind. Sie haben die Goldreserven des Irak beschlagnahmt. Offenbar haben sie sich auch die Goldreserven Venezuelas angeeignet oder Großbritannien dazu veranlasst, die Kontrolle über die in London gelagerten venezolanischen Reserven an das US-Finanzministerium zu übertragen. Das Finanzministerium will dasselbe mit den iranischen Goldreserven tun. Russlands Devisenreserven wurden auf US-amerikanischen Antrag hin von der Euroclear-Bank in Brüssel beschlagnahmt.

Die Instrumentalisierung des Ölhandels hat dazu geführt, dass auch das Finanzsystem, über das Ölzahungen abgewickelt werden, als Waffe eingesetzt wird. Dadurch wurde nicht nur der Ölmarkt, sondern das gesamte Finanzsystem zu einer instabilen Quelle des Chaos. Das dollarisierte Finanzsystem, auf das sich die Menschen verlassen haben, gilt nicht mehr als sicherer Hafen.

Seeverkehrsengpässe und die Arktis

Robinson Erhardt: Zu Beginn deiner letzten Antwort hast du strategische Engpässe erwähnt. Ein konkreter Engpass, der sehr umstritten ist, ist die Straße von Hormus. Wir haben gesehen, wie sich dies auf die globalen Energiemärkte ausgewirkt hat, aber trotz aller Diskussionen wissen viele Menschen nicht wirklich, warum dies von Bedeutung ist. Warum ist die Kontrolle über die Ölströme speziell durch die Straße von Hormus für die finanzielle und militärische Macht der USA so wichtig?

Michael Hudson: Es geht nicht nur um die Straße von Hormus, sondern um das Seerecht. Die USA haben das Seerecht unter Verletzung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen als Waffe eingesetzt. Trump hat versucht, die Kontrolle über die Arktis als Waffe einzusetzen.

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt erklärte er, er wolle Grönland als Teil der westlichen Hemisphäre annektieren. Dann sagte er, dass er neben Grönland auch bis nach Island vorstoßen wolle. Ein ihm nahestehender Republikaner sagte, wenn Grönland der 51. Bundesstaat wäre, könnte Island der 52. sein.

Warum tut er das? Stell dir eine Linie vor, die von den USA über Kanada und Grönland nach Island und dann von Island nach Großbritannien verläuft. Durch die Kontrolle über diese Inseln können Trump und das Militär den Zugang von Lateinamerika, Europa, dem Globalen Süden und Asien blockieren.

Russland hat angekündigt, dass es seinen sibirischen Ölhandel ausbauen möchte. Die Gruppe heißt, glaube ich, „Vostok“ – abgeleitet von Wladiwostok. Die Vostok-Pipeline wird Öl an Schiffe liefern, die durch die Arktis und – vermutlich über die Aleuten zwischen Alaska und Russland – hinunter zur Ostküste fahren.

Das wird viel einfacher sein als die Nutzung des Panamakanals. Die USA haben darauf bestanden, China aus dem Kanal zu verdrängen, weil sie ihn als Engpass kontrollieren wollen. Sie wollen jeden Engpass kontrollieren, den sie kontrollieren können. Aus diesem Grund haben sie den Panamakanal ins Leben gerufen. Aus diesem Grund hat Großbritannien im 19. Jahrhundert so beharrlich darauf bestanden, die Kontrolle über den Suezkanal zu erlangen, indem es Kredite, die Ägypten nicht zurückzahlen konnte, für uneinbringlich erklärte.

Trumps ansonsten unerklärlicher Wunsch, Grönland zum 51. Bundesstaat und Island zum 52. zu machen, ist im Grunde ein Versuch, anderen Ländern den Zugang zu russischem Öl über die Arktis zu versperren. Die USA versuchen, über Norwegen und die nordischen NATO-Mitglieder Unterstützung der NATO für die Militarisierung und Bewaffnung der Arktis gegen Russland zu gewinnen. Dies beschränkt sich keineswegs auf die Straße von Hormus.

Welche Länder stehen unter dem größten Druck?

Robinson Erhardt: Um auf deine ursprüngliche Prognose zurückzukommen: Nehmen wir einmal an, die Preise für Öl oder raffinierte Kraftstoffe bleiben noch weitere sechs Monate auf hohem Niveau, also bis weit über das Jahresende hinaus. Welche Länder werden deiner Meinung nach als Erste einbrechen, und wie würde ein solcher Einbruch aussehen?

Michael Hudson: Man neigt natürlich dazu, die Länder des Globalen Südens zu nennen, aber auch Korea und Japan. Solange der Iran kontrolliert, welche Schiffe Öl durch die Straße von Hormus und auch auf der Westseite Saudi-Arabiens durch das Rote Meer exportieren dürfen, wird er sagen: „Wir werden unseren BRICS-Partnerländern Vorrang einräumen.“

China, Russland und der Iran bilden eine Triade, die tatsächlich die dominierende Kraft bei der Gestaltung einer Alternative zum Dollar-Standard und zum dollarisierten Raum ist. Sie werden sagen, dass die Verbündeten der USA ganz unten auf der Liste stehen.

Viele Länder werden Öl benötigen. Dabei geht es nicht nur um den Preis. Es wird zwar einen einheitlichen Weltmarktpreis geben, aber es wird auch zu einer regelrechten Ölknappheit kommen, bei der Öl zu keinem Preis erhältlich sein wird, weil es nicht gefördert wird oder weil die Transportinfrastruktur nicht vorhanden ist. Es wird einige Zeit dauern, bis die Export-, Raffinerie- und Fördersysteme wiederhergestellt sind.

Korea, Japan und wahrscheinlich auch das NATO-Europa werden eine untergeordnete Rolle spielen und daher die schlimmsten Auswirkungen der Krise zu spüren bekommen. Dafür sind die amerikanischen Verbündeten da: um die Last der Krise zu tragen. Amerika wird sie gerne mit amerikanischem Öl versorgen – auf Kosten der amerikanischen Verbraucher, aber zum großen Gewinn der US-Gasunternehmen. Die Länder des Globalen Südens werden mit einer ebenso schweren Finanzkrise konfrontiert sein.

Robinson Erhardt: Du hast erneut Südkorea und Japan erwähnt. Zuvor sprachst du von dem Druck, der auf diese Länder wegen ihrer Nutzung chinesischer Technologie und möglicherweise russischer Energie ausgeübt wird. Warum haben wir gerade diese beiden Länder herausgegriffen, wo doch andere, wie beispielsweise Indien, sicherlich stark von russischem Öl und chinesischer Technologie abhängig sind?

Michael Hudson: Weil wir sie alle im Krieg besiegt haben. Es gab nie einen Friedensvertrag, der den Koreakrieg beigelegt hätte. Korea ist ein besetztes Land: Dort sind US-Streitkräfte stationiert, und die USA haben darauf hingearbeitet, eine pro-amerikanische Regierung durchzusetzen, die jedoch immer weniger pro-amerikanisch wird.

Die USA haben zunächst Japan und dann Korea als Konkurrenten ihrer Automobil-, Elektronik- und anderer Industrien betrachtet. Sie wollen verhindern, dass irgendein anderes Land zu einem Konkurrenten wird. Japan und Korea sind natürliche Konkurrenten.

Sollten sich ihre Lieferketten und Märkte von den USA weg in Richtung des restlichen Asiens, einschließlich China, verlagern, könnten sie ein Abkommen mit China schließen. Sie könnten sagen: „Wir müssen 350 Milliarden Dollar Tribut zahlen.“ Trump sagt, wir müssen ihm das Geld geben, und er wird es in Unternehmen seiner Wahl investieren, nach seiner eigenen Buchführung. Wenn es Gewinne gibt, bekommen wir einen kleinen Anteil. Aber bei der Hollywood-Buchführung à la Trump wird es angesichts der verbundenen Unternehmen und all dem vielleicht nie Gewinne geben.“

Sie könnten sagen: „Die Zeichen stehen an der Wand. Wir müssen den amerikanischen Markt vielleicht aufgeben. Können wir uns mit euch einigen und unsere Industrie, unsere Computerindustrie, zusammenlegen? Wir wissen, dass ihr diesen Handel monopolisieren möchtet, aber wenn ihr Korea und Japan in die asiatische Ordnung integrieren könnt, müsst ihr euch keine Sorgen mehr um die Instabilität machen, die die USA gegen euch zu schüren versuchen.“

„Wir sind bereit, auf die USA zu verzichten, weil wir Donald Trumps Forderungen nicht erfüllen können. Er hat es unwirtschaftlich gemacht. Alle Gewinne unserer Branche sollen an die USA abgeführt werden. Das ist unerträglich. Wir werden abgewählt werden, und nicht einmal die berüchtigte amerikanische Einmischung in Wahlen kann uns vor den Wählern schützen, wenn diese erkennen, wie fordernd die USA geworden sind.“

Das ist eine Option für Korea. Korea und Japan wären dann keine Konkurrenten mehr für Amerika auf dessen eigenem Markt, da sie diesen Markt aufgrund von Trumps Zöllen aufgegeben hätten. Aber sie würden zu Konkurrenten für US-Exporte in die Länder der europäischen Verbündeten und anderswo werden. China könnte sagen: „Warum nicht auf diesen anderen Märkten konkurrieren? Wir werden euch unterstützen. Wir werden euch die Seltenen Erden und Rohstoffe liefern, die ihr benötigt – und die wir den USA und ihren NATO-Verbündeten vorenthalten –, damit ihr über das

verfügt, was ihr für Hochtechnologie benötigt. Ihr könnt eure Hyundai-Produkte, Elektroautos, Computer und andere Waren auf dem Weltmarkt verkaufen und einen Teil davon auch an uns verkaufen. Wir können uns darauf einigen.“

Das ist die Art von weltweiter Neuordnung, über die Diplomaten denkbarerweise diskutieren könnten.

Tribute und der Rückzug aus den USA

Robinson Erhardt: Im Laufe dieses Gesprächs hast du eine Beziehung beschrieben, die die USA zu anderen Ländern unterhalten oder gerne unterhalten würden, in der diese uns eine Art Tribut zahlen. Du hast Japan und Korea sowie Länder des Nahen Ostens angesprochen, die unseren Schutz suchen. Wir haben auch darüber gesprochen, Kanada oder Grönland als 51. und 52. Bundesstaat zu gewinnen, sowie über Venezuela, dessen Öl wir mittlerweile weitgehend kontrollieren.

Gibt es weitere Länder, über die es sich besonders lohnt zu sprechen, in denen die USA dieses Tributsystem etablieren wollen?

Michael Hudson: Die ganze Welt wird als potenzielle Zahlungspflichtige betrachtet. Das ist die Politik der USA. Sie kann keine Win-Win-Situation bieten, wie es China kann. Sie kann nicht sagen: „Wir verfügen über gute Industrietechnologie, insbesondere Computertechnologie, die wir euch effizienter und zu einem niedrigeren Preis verkaufen können als andere Länder.“

Amerika hat sich selbst aus dem Markt gepreist, weil es eine finanzialisierte Wirtschaft ist. Wie ich bereits sagte, besteht sein BIP aus Kosten ohne Produkt, aus Kosten, die in keinem Zusammenhang mit den tatsächlichen Produktionskosten stehen. Das Einzige, was die USA tun können, ist, Ländern mit Ausschluss, Sanktionen und Isolation zu drohen.

Das Endergebnis der Verhängung von Sanktionen gegen alle ist, dass es sich selbst isoliert hat. Das ist der logische Höhepunkt von Trumps Politik: „Festung Amerika“. Wir müssen autark sein. Aber wie können wir autark sein ohne industrielle Arbeitskräfte, Anlagen und Ausrüstung, Fabriken, ein Bildungssystem zur Ausbildung von Arbeitskräften oder eine Bevölkerung, die bereit ist, industrielle Arbeit zu verrichten – selbst bei höheren Löhnen im Vergleich zur Büroarbeit?

Es ist, als hätte Donald Trump beschlossen, dass das Militär ihn davon überzeugt hat, dass er die Welt nicht erobern kann. Er wollte als moderner Napoleon in die Geschichte eingehen, aber in Gedanken sagt er sich vielleicht: „Ich schätze, das kann ich nicht. Wenn ich schon nicht als der Präsident in die Geschichte eingehen kann, der das amerikanische Imperium geschaffen hat, dann kann ich zumindest als der Präsident in die Geschichte eingehen, der es zerstört hat.“

Es ist, als wolle er, dass die Geschichte sagt: „Dieses große amerikanische Abenteuer, von 1776 bis 2026 oder 2028 oder wann auch immer, endete mit mir. Ich bin der letzte römische Kaiser. Nach mir hat sich alles verändert. Ich war der Wendepunkt der Geschichte.“ Vielleicht denkt er genau das, denn es ist das Ergebnis seines Handelns.

Er ist so narzisstisch und egoistisch, dass er keine abweichenden Meinungen oder eine realistische Stimme der Vernunft duldet, die sagt: „Herr Präsident, das wird nach hinten losgehen. Es wird Gegenreaktionen geben.“ Er ist überzeugt, dass er alles überstehen kann.

Sobald er andere Länder dazu bringt, ihre eigene Souveränität zu schützen, werden diese entscheiden, mit wem sie Handel treiben, welche Währungen sie verwenden und wie sie ihre internationalen Ersparnisse anlegen: in Gold, Renminbi oder in China? Wie werden sie ihre Geschäfte abwickeln?

Sobald sich eine Alternative zum Dollar etabliert hat, entwickelt sie ihre eigene Trägheit. Es gibt keine Möglichkeit, den USA jemals wieder zu vertrauen – ganz abgesehen von der moralischen Abscheu, die die Welt gegenüber der amerikanischen Militärpolitik, ihren Bombenangriffen und der Instabilität empfindet, die sie durch den Verlust eines Krieges nach dem anderen verursacht hat. Es herrscht eine generationsübergreifende Abscheu, die unumkehrbar ist.

China und eine alternative internationale Finanzordnung

Robinson Erhardt: Du hast eingangs gesagt, dass China anderen Ländern eine Win-Win-Beziehung bieten kann, mit der die USA nicht mithalten können. Als ich aufwuchs – und ich bin mir sicher, dass dies auf die meisten von uns zutrifft –, wurde uns beigebracht, dass China und Russland die Bösewichte seien, insbesondere China, und die USA die Guten.

Das Bild der USA als die Guten ist für mich im Laufe der Zeit immer schwerer, ja sogar unmöglich zu schlucken geworden. Wie siehst du China? Ist es tatsächlich einer der Hauptakteure in der Weltordnung, und wurden wir durch amerikanische Propaganda in die Irre geführt, sodass wir glauben, es sei ein so böses Land?

Michael Hudson: Ich habe am 1. September auf den Treffen in Wladiwostok, wo all dies diskutiert wurde, eine Rede zu diesem Thema gehalten. Ich denke, das Vorbild für die aktuelle Diskussion ist die Auseinandersetzung zwischen John Maynard Keynes vom britischen Finanzministerium und den USA im Jahr 1944, als sie die wirtschaftliche Nachkriegsordnung planten. Wie ich bereits sagte, erkannte Großbritannien, dass es aufgrund der Vereinbarung, die es für das britische Darlehen treffen musste, die „Empire Preference“ aufheben musste. Großbritannien würde ein Schuldnerland und Amerika ein Gläubigerland sein.

Keynes sagte [sinngemäß]: „Genau das ist nach dem Ersten Weltkrieg passiert. Amerika war der große Gläubiger. Es bestand auf den Schulden zwischen den Alliierten, also bestanden die Alliierten darauf, dass Deutschland ihnen Reparationen zahlt, damit sie die USA für Waffen bezahlen konnten, die vor dem Kriegseintritt Amerikas gekauft worden waren.“ All das brach bis 1931 zusammen und musste erlassen werden.

Keynes fragte, wie wir dies in Zukunft vermeiden könnten. Er schlug eine internationale Bank vor, obwohl er sagte, es handele sich nicht wirklich um eine Bank, sondern um eine Clearing-Union: eine Institution zur Finanzaufsicht und Buchführung. Sie würde die Zahlungsbilanzüberschüsse der Länder erfassen, an deren Spitze – wie allgemein erwartet – die USA stünden, sowie die Defizite der Länder, an deren Spitze nach Keynes' Ansicht Großbritannien stünde. Zu letzteren würde auch die sogenannte Dritte Welt gehören: Südamerika, Afrika, die Rohstoff- und Nahrungsmittelexporteure in den westlichen Industriekern.

Keynes sagte, dass die Länder irgendwann zu der Erkenntnis gelangen würden, die Europa schließlich 1931 anerkannt hatte: Wenn wir die Schulden nicht abschreiben, wird es zu einer Depression kommen.

Es gibt eine Alternative. Wenn Länder so erfolgreich sind, dass sie Reichtum in Form von Gläubigerforderungen gegenüber chronisch verschuldeten Ländern anhäufen, sollten wir diese Schulden als notleidende Kredite verbuchen, wenn sie nicht beglichen werden können, ohne den Schuldner in eine chronische Depression zu treiben und seine Wachstumsfähigkeit zu opfern.

Die internationale Clearing-Union würde die finanziellen Forderungen chronischer Gläubigerländer und die entsprechenden Schulden chronischer Schuldnerländer aufheben: zum Beispiel die Forderungen der USA gegenüber Großbritannien und im weiteren Sinne auch ihre Forderungen gegenüber den Ländern des Globalen Südens.

Ich halte dies für ein stichhaltiges und logisches Prinzip. Nehmen wir an, dies würde von der Shanghai Cooperation Organization diskutiert, die im Hinblick auf die Umsetzung einer internationalen Institution eigentlich den Kern der BRICS bildet. Die USA haben Befürchtungen geschürt nach dem Motto: „Was, wenn China am Ende genau das tut, was die USA getan haben? Es ist die führende Industriemacht und mittlerweile auch eine Finanzmacht. Was, wenn es zum neuen Finanzmonster wird, das versucht, andere Länder zu kontrollieren?“

Man könnte China fragen: „Werdet ihr zustimmen, einer internationalen Clearing-Union beizutreten, wie sie Keynes vorgeschlagen hat?“ Ich habe dies in meiner Rede in Wladiwostok und in „Super Imperialism“ beschrieben.

Andere Länder könnten darauf hinweisen: „Ihr werdet diese finanziellen Ansprüche gegenüber anderen Ländern nicht behalten. Andererseits werdet ihr einen florierenden asiatischen Markt haben, neben dem gesamten Markt der BRICS-Staaten, der die Mehrheit der Weltbevölkerung ausmacht, vielleicht irgendwann auch europäische Länder und sogar Amerikas Verbündete in Asien. Ihr werdet friedlichen Wohlstand erlangen, ohne die militärischen Kosten oder die Gefahr eines ständigen Krieges, auf den sich die USA vorbereiten. Ihr werdet alle auf eurer Seite haben, denn ihr werdet sagen: „Unsere Kredite sind nicht wie die, die Amerika und westliche Nationen vergeben haben. Wir gewähren keine Kredite als Druckmittel, um die Kontrolle über eure natürlichen Ressourcen, euer Land und eure öffentliche Infrastruktur zu erlangen, indem wir sagen: „Verkauft es an unsere Investoren, um eure Schulden zu begleichen.“

China würde, ausgehend von seiner „Belt and Road“-Initiative und anderen Investitionen, produktive Kredite vergeben. Die Prognose würde lauten: Kann der Kredit aus dem wirtschaftlichen Überschuss zurückgezahlt werden, den er für den Empfänger schafft? Wenn damit Häfen, Eisenbahnen, Infrastruktur oder Fabriken finanziert werden, wird die Produktivität dann ausreichend steigen, um die nominalen Zinsen zu zahlen und den Kapitalbetrag zurückzuzahlen?

Wenn wir eine allzu optimistische Prognose aufstellen und das Darlehen nicht zurückgezahlt werden kann, wenn das Land erklärt, es könne nicht zahlen, ohne Arbeitsplätze abzubauen oder Vermögenswerte zu veräußern, dann würde die internationale Clearing-Union, der China angehören würde, sagen: „Wir müssen diese Schulden erlassen. Es hat für beide Seiten nicht geklappt.“ Das wäre die leitende moralische Philosophie.

Hier ist etwas, das an die Stelle des technologischen Determinismus tritt, der im letzten Jahrhundert angeblich die Geschichte geleitet hat. Neben dem Materialismus, der besagt, dass die Geschichte von den produktivsten, effizientesten und kostengünstigsten Volkswirtschaften geprägt wird – wo bleibt da das moralische Element?

Wenn die führenden Industrienationen ihren Aufstieg dadurch erreichen, dass sie den Rest der Welt verarmen lassen, wird der Rest der Welt nicht mitziehen. Die Länder werden sagen: „Der polarisierende Effekt des technologischen Determinismus, den die westlichen Nationen fördern, ist für uns nicht tragbar. Er beraubt uns unserer nationalen wirtschaftlichen, politischen und fiskalischen Souveränität. Das sind die Bedingungen, unter denen wir uns eurer Gruppe anschließen werden.“

Gläubigerländer wie China müssten sich auf produktive Kredite konzentrieren. Der Iran und Russland könnten sagen: „Wir können euch kein Geld für den Aufbau von Infrastruktur leihen, aber wir können euch das Öl, die Lebensmittel und die Rohstoffe liefern, die ihr für euer Wachstum benötigt.“

Der Gewinn für die Welt wäre Frieden. Damit würden nicht nur die Militärausgaben für Rüstung vermieden, für die der gesamte Westen sein BIP-Wachstum aufwendet, sondern auch die Gefahr von Krieg und regelrechter wirtschaftlicher Zerstörung, die von der Kriegslust der Regierungen unter Biden und Trump ausgeht – und vermutlich auch von denen, die sie in naher Zukunft ablösen werden.

Starke Staaten und die Verhinderung von Oligarchien

Robinson Erhardt: Ich vermute, du würdest China wohl kaum als Vorbild betrachten, wenn es um die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, von Protesten und einiger seiner eher totalitären Züge geht. Aber zumindest in dieser Hinsicht bietet es ein Modell, einen Gegenpol zu der von dir beschriebenen aggressiven Haltung der USA, der dazu beitragen könnte, den Weltfrieden zu sichern.

Michael Hudson: China ist derselben Bedrohung ausgesetzt, mit der die Sowjetunion nach ihrer Revolution konfrontiert war. Die USA versuchten sofort, das Land heimlich zu destabilisieren. Europa hatte denselben ständigen Kampf mit internen Operationen unter falscher Flagge, der Operation Gladio. Vieles von dem, was als totalitär bezeichnet wird, dient der Verteidigung.

Aber es gibt noch etwas, das weit darüber hinausgeht. Die westliche Vorstellung von Totalitarismus erkennt, was die westliche von der asiatischen Zivilisation unterscheidet. Die westliche Zivilisation spaltete sich im 8. Jahrhundert v. Chr. ab, nachdem das Dunkle Zeitalter zu Ende gegangen war.

Die Innovationen der mesopotamischen Bronzezeit bildeten den Kern dessen, was zu Griechenland, Rom und schließlich zu Europa und Amerika führte. Doch die westlichen Zivilisationen hatten nie einen zentralen Kaiser, Pharao oder göttlichen König wie jene in Babylonien, Ägypten und China. Die westliche Zivilisation wurde stets von einer Oligarchie geführt.

Vor dem ersten Jahrtausend v. Chr. verlief der Aufschwung der Zivilisation in allen Ländern ähnlich: Es gab einen führenden Herrscher, dessen Aufgabe es war, die Ordnung wiederherzustellen, wenn das Gleichgewicht ins Wanken geriet. Die Babylonier, Ägypter und Chinesen erkannten, dass jedes Land Kredit benötigt, um zu funktionieren. Doch der Kredit des einen ist die Schuld des anderen. Es gibt immer irgendwelche Störungen, die eine Rückzahlung verhindern: Dürre, Überschwemmung oder Krieg. In China, unter dem Konfuzianismus, bestand die Aufgabe des Kaisers darin, die Bevölkerung zufrieden zu stellen und Aufstände zu verhindern. Wenn die Menschen revoltierten, könnten sie in ein anderes Gebiet fliehen. Ein Aufstand bedeutete, dass der Kaiser seiner Pflicht nicht nachgekommen war.

In Babylonien war dies ganz offensichtlich, wie wir bereits in früheren Sendungen über den Aufstieg Babylons erörtert haben. Könige begannen ihre Regierungszeit mit den Worten: „In der vergangenen Regierungszeit herrschte Unordnung. Es haben sich Schulden angehäuft. Es gab Ungleichheit. Einige Menschen sind in Knechtschaft geraten, und andere Familien haben ihr Land verloren. Wir werden alles tilgen und eine ausgewogene Wirtschaft wiederherstellen.“

Die gesamte Wirtschaft muss im Gleichgewicht sein, doch jede Wirtschaft neigt dazu, aus dem Gleichgewicht zu geraten. Es gibt keine Marktkräfte, die automatisch für wirtschaftliches Gleichgewicht sorgen. Marktkräfte sorgen durch Kredite, Monopole, Landaneignung und andere Entwicklungen für Polarisierung. Die Herrscher erkannten, dass sie verhindern mussten, dass eine einheimische Oligarchie die Kontrolle über die Politik in Babylonien, Mesopotamien und dem übrigen Nahen Osten oder in China übernahm, wo es ähnliche Schuldenerlasse gab und die Oligarchie sowie das Streben nach Reichtum dem Gemeinwohl untergeordnet wurden.

Die Ethik archaischer Gesellschaften beruht, wie Anthropologen wie David Graeber gezeigt haben, auf gegenseitiger Hilfe. Man musste verhindern, dass Familien in Abhängigkeit und Knechtschaft gegenüber einer räuberischen Oligarchie gerieten, die dem unterlag, was die Griechen als Reichtumssucht erkannten. Sobald die Menschen anfangen, Geld zu verdienen, entwickelte sich eine Art Geldgier. Im klassischen Griechenland entstand ein ganzes Vokabular, das Geldgier und Sucht als Problem erkannte. Die Aufgabe des Herrschers – sei es ein Kaiser, ein Pharao oder ein göttlicher König – bestand darin, die Entstehung einer Oligarchie zu verhindern.

Neben einem König, der im Namen, sagen wir, des Sonnengottes der Gerechtigkeit herrschen sollte, gab es Nemesis, die Beschützerin der Schwachen und Armen, die Arroganz bestraft. Arroganz bedeutet, Macht und Reichtum gegen die Nicht-Reichen zu missbrauchen und Klienten oder Kreditnehmer in Abhängige und Leibeigene zu verwandeln. Das Bedürfnis nach Schutz vor genau dem war die Ethik in ganz Asien.

Heute bezeichnen die USA Chinas starken Staat, der verhindert, dass Monopole sowie der private Finanz- und Bankensektor die Wirtschaft übernehmen – wobei die Amerikaner eigentlich gehofft hatten, dabei eine Rolle spielen zu können –, als Autokratie. Diese „Autokratie“ tut genau das, was sich der industrielle Kapitalismus von einem starken Staat erhofft hatte: regulieren; progressive Einkommenssteuern einsetzen, um eine Oligarchie zu verhindern; Kartellvorschriften durchsetzen; Grundrente und andere Monopoleinkünfte besteuern; und natürliche Monopole im öffentlichen Besitz als Versorgungsunternehmen erhalten, die der gesamten Wirtschaft zugutekommen, nicht privaten Eigentümern.

Das unterscheidet sich von dem, was unter Margaret Thatcher geschah, die die englische Wirtschaft so gut wie zerstört hat, obwohl Tony Blair von der Labour-Partei noch eins draufgesetzt hat. In der westlichen Zivilisation herrscht eine andere Ethik als in der asiatischen Zivilisation und in archaischen Gesellschaften.

Primitive Gesellschaften konnten sich keine wohlhabende, nach Reichtum süchtige Oligarchie leisten, die alle anderen verarmte, sonst wären die Bürger einfach davongelaufen. Die Flucht der Bevölkerung wurde als universelles Problem erkannt. Man musste die Bevölkerung bei Laune halten.

Die westliche Oligarchie hat versucht zu verhindern, dass demokratischer Druck einen Staat aufrechterhält, der stark genug ist, ihre Machtmissbräuche einzudämmen. Andere Länder haben einen solchen regulatorischen Rahmen geschaffen, wie beispielsweise China, und das gesamte 19. Jahrhundert schien sich in Richtung Sozialismus zu bewegen, bevor dieser Begriff einen negativen Beigeschmack bekam. Sie sehen nun, wie sich dieser kulturelle Unterschied in Form eines geopolitischen Bruchs äußert.

Automatisierung und politischer Zwang

Robinson Erhardt: Eine deiner Bemerkungen ist mir besonders aufgefallen: Die Aufgabe des Kaisers bestand einst darin, Aufstände zu verhindern. Heute müssen wir nur an den 6. Januar zurückdenken, als unser ‚Kaiser‘ einen Aufstand vielleicht eher angeheizt als verhindert hat.

Ich habe darüber nachgedacht, wie verbreitet Drohnen mittlerweile sind. Angenommen, es käme zu einem großen Aufstand in New York oder Chicago. Es würde – und ich bin mir sicher, dass dies bereits möglich ist – lediglich ausreichen, ein paar amerikanische Schutzdrohnen auszusenden, die einige Demonstranten vom Himmel aus erschießen. Der gesamte Aufstand wäre sofort niedergeschlagen, und alle würden voller Angst nach Hause rennen.

Was passiert in der heutigen Welt, wenn jemand wie Donald Trump, Xi oder Putin die Bevölkerung nicht mehr beschwichtigen muss?

Michael Hudson: Du meinst also, künstliche Intelligenz oder Drohnen würden das tun, was General MacArthur mit den „Bonus Marchers“ vorhatte, die während der Weltwirtschaftskrise nach Washington kamen, um ihre Armee-Prämien einzufordern? MacArthur wollte Maschinengewehre auf sie richten und sie töten.

Es wird ihnen nie schwerfallen, Streitkräfte zu finden, die bereit sind, solche Taktiken anzuwenden. Ich weiß nicht, wie die Bevölkerung reagieren würde. Viele Menschen würden wahrscheinlich das Land verlassen. Amerika wurde von Einwanderern besiedelt, die vor dem Kampf um die Freiheit in ihren eigenen Ländern flohen, weil sie nicht dafür sterben wollten. Viele Amerikaner würden sich vielleicht fragen: „Wo stehe ich auf der Liste?“

Robinson Erhardt: Ich frage mich wohl, wie sich die Wirtschaftspolitik ändern würde, wenn sich Donald Trump beispielsweise keine Gedanken über die Arbeitslosenzahlen machen müsste.

Michael Hudson: Dann wäre Kriminalität die Lösung für die Arbeitslosigkeit. Die Kriminalität ist in New York stark angestiegen. Es ist sehr schwer, in die U-Bahn zu kommen; Obdachlose schlafen dort und belegen die Sitzplätze. Das macht einige Innenstädte in den USA bereits unbewohnbar. Die meisten Städte lassen keine Obdachlosenlager zu. Ich kann mir nur Raubüberfälle, Angriffe und Menschen vorstellen, die durchdrehen.

Eine neue Form der Abhängigkeit vermeiden

Robinson Erhardt: Das ist einer der Punkte: Wenn Drohnen auf den Straßen für Ordnung sorgen und Menschen erschießen können, die Straftaten begehen, wird auch das verhindert.

Aber in dem Artikel, den du mir geschickt hast, hast du auch eine entscheidende Gefahr angesprochen, die mit China als Vorbild verbunden ist. Wenn andere Länder sich der Vorherrschaft der

amerikanischen Gläubiger entziehen und von China abhängig werden, was hindert China dann daran, diese Vorherrschaft gegen sie einzusetzen?

Michael Hudson: Wie würde sich diese Vorherrschaft äußern? Keine Demokratie und keine repräsentative Regierung kann es sich leisten, andere Länder militärisch zu übernehmen. Dazu braucht man eine Landarmee. Man kann ein Land bombardieren und zerstören, aber auf diese Weise kann man es nicht unter Kontrolle bringen. Venezuela ist noch immer umkämpft, und ich glaube, das Land hofft auf eine Lösung.

Wovor hätte Europa Angst? Fast jedes Land kann von einem grundlegenden Input abhängig sein: einem Rohstoff, einem Computerprogramm, Öl oder Nahrungsmitteln. Aber Länder mit Nahrungsmitteldefizit können sagen: „Wir wollen unsere Flächen von Plantagenwirtschaft und tropischen Exportkulturen auf den Anbau unseres eigenen Getreides, unserer Sojabohnen und unserer Nahrungsmittelversorgung umstellen. Wir werden nicht länger von Nahrungsmittelimporten abhängig sein.“

Diese Abhängigkeit war das Ergebnis der Vorherrschaft der USA über die Weltbank, die Länder daran hinderte, die Familienlandwirtschaft nach dem Vorbild der USA selbst zu entwickeln – mit ihrem Agrarschutzgesetz und Roosevelts Politik zur Stärkung der staatlichen Unterstützung für amerikanische Landwirte. Andere Länder können nun endlich mit Landreformen und ähnlichen Maßnahmen beginnen. Die Industrie ist ein weiteres Problem. Die Länder können sagen: „Wir wollen Anlagen in unseren eigenen Ländern, damit wir im Notfall immer einen Plan B haben, eigene Kapazitäten, auf die wir zurückgreifen können, anstatt von einem einzigen Land abhängig zu sein.“

Auf absehbare Zeit wird China offensichtlich der dominierende Lieferant von Seltenen Erden, Gallium – insbesondere den schweren Seltenen Erden – sowie vielen anderen Mineralien, Metallen und Produkten sein, die andere Länder nicht veredeln wollen. Aber es braucht Märkte, und das erfordert gegenseitigen Wohlstand.

Das große Thema, das wir noch nicht angesprochen haben, ist die globale Erwärmung. Auch hier bestimmt die Ölindustrie die Politik der USA. Trump hat Öl und Kohle gegenüber Solar- und Windenergie unterstützt. Wenn die USA weiterhin ein bedeutender Umweltverschmutzer bleiben, unter anderem durch ihre unaufhörlichen Bombardements und militärischen Aktivitäten, kann sich der Rest der Welt anschließen, um das Land zu isolieren. Es gibt reichlich Spielraum für andere Länder, das aufzugreifen, was die USA in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie und Technologie verloren haben, und die USA werden sich dagegen wehren.

Solange Amerika ein weltweiter Outlaw bleibt, der die globale Erwärmung und extreme Wetterereignisse verschlimmert, werden andere Länder einen Hebel haben, um ihren eigenen Plan B zu entwickeln: „Wir werden bei diesem oder jenem Produkt – Autos, Kleidung, was auch immer wir kaufen – nicht von Amerika abhängig sein. Wir können diese Dinge selbst herstellen.“

Ich glaube, dass es zu einer sich beschleunigenden Verdrängung von Importen aus den USA kommen wird. Andere Länder werden sich nie wieder der Abhängigkeit unterwerfen wollen, die ausschließlich von den USA und dem Westen auferlegt wird.

Ich glaube nicht, dass irgendeine Zivilisation außerhalb des Westens jemals eine solche wirtschaftliche Abhängigkeit erzwungen hat. Selbst Europa hat den Welthandel, den Verkehr und das Währungssystem noch nie in einem solchen Ausmaß als Waffe eingesetzt wie die USA. Ab einem bestimmten Punkt wird Quantität zu Qualität. Die USA sind in eine Situation geraten, die meiner Meinung nach moralisch untragbar für den Rest der Welt und für das gesamte Prinzip der Zivilisation ist.

Wie es mit der Zivilisation weitergeht

Robinson Erhardt: Wir nähern uns dem Ende unseres Gesprächs, und ich möchte mit einer bestimmten Anmerkung abschließen. Der Artikel, den du mir geschickt hast, trug den Titel „Wohin geht die Zivilisation von hier aus?“. Lass mich diese Frage wörtlich stellen: Wenn der Iran-Krieg, die Schuldenkrise und der Aufstieg Chinas die Weltordnung der Nachkriegszeit zerbrechen, was tritt an ihre Stelle? Was kommt als Nächstes?

Michael Hudson: Das ist noch zu entscheiden. Die Frage, was an die Stelle der Nachkriegsordnung treten wird, lautet eigentlich: Wohin führt die Geschichte von hier aus?

In den letzten zwei Jahrhunderten hat wohl jeder die Geschichte als den Westen verstanden. Der Westen war die Zukunft. Zunächst war es Europa im 19. Jahrhundert, als der industrielle Kapitalismus seinen Aufschwung nahm, und dann die USA für ein Jahrhundert nach dem Ersten Weltkrieg. Die Bevölkerung dort hatte den höchsten Lebensstandard, war am wohlhabendsten und am besten untergebracht, und das schien das Vorbild zu sein.

Was dabei außer Acht gelassen wurde, war Folgendes: Wie können die USA oder Europa ein Vorbild für andere Länder sein, wenn ihr Wohlstand doch auf einem Imperium beruhte – nämlich ihrer Vorherrschaft über unterworfenen Protektorate?

Amerika hatte zwar kein so explizites Imperium wie Europa, aber es verfügte über ein Finanzimperium. Es herrschte auf finanzieller Ebene, kontrollierte Regierungen und machte diese sowie deren Steuersysteme zu Inkassobüros für eine kosmopolitische Banken- und Finanzklasse.

Den Menschen wurde klar: „Dieses Modell, wohin die Geschichte führt, hat uns in eine Sackgasse gebracht. Wir haben gesehen, wohin es führt: zur Polarisierung.“ Nicht jedes Land kann ein Imperium haben, denn ein Imperium erfordert Abhängigkeiten, die um es herum angeordnet sind.

Was wie die Macht des Materialismus wirkte – fast wie eine darwinistische natürliche Auslese, die bestimmte, welche Volkswirtschaften am reichsten sein würden –, weicht nun endlich einer Rückkehr zu einem moralischen Kontext. Im 19. Jahrhundert nannte man das, glaube ich, ein religiöses Erwachen oder ein „Great Awakening“. Es hatte einen religiösen Kontext.

Wir leben nicht mehr in einer besonders religiösen Welt, abgesehen von den Religionen, die alle Menschen außerhalb ihrer Religion töten wollen. Wir leben in einer säkularen Welt, aber es gibt moralische Grundsätze: Die Zivilisation sollte alle Menschen als gleich und als Angehörige derselben Spezies behandeln und alle Länder als souveräne Staaten, die frei von Einmischung sind. Wenn es Kriege gibt, muss es Kriegsregeln geben. Man darf keine Zivilisten bombardieren oder sich dem grundlosen Sadismus hingeben, den wir regelmäßig in Nachrichtenaufnahmen, insbesondere im Internet, aus vielen Teilen der Welt sehen.

Es gibt ein moralisches Erwachen, das die Frage aufwirft, ob es nur darum geht, reich zu werden. Das geschah bereits in der Antike; es trug dazu bei, dem Römischen Reich ein Ende zu bereiten. Es gab eine Abneigung gegen Reichtum, nicht nur im Christentum, das besagte, wir müssten die Armen unterstützen und fördern, sondern auch im Islam. Auch in Persien gab es eine religiöse Abneigung gegen protzigen Konsum und Reichtum. Plötzlich galt es als unschicklich, Aristokrat, wohlhabend oder Gläubiger zu sein, sich der Wucherzinsen oder dem Handel hinzugeben. Diese Abneigung findet heute ihr Pendant in der Abneigung gegen wohlhabende Länder und dem, was sie getan haben, um den Lauf der Geschichte ad absurdum zu führen.

Der Lauf der Geschichte führte weder zu Donald Trump noch zur Biden-Regierung. Trump hat Bidens Kurs nicht verändert. Trump, Obama und die Clintons waren alle Teil einer langen Entwicklung. Es handelte sich um ein falsches Modell, das vom Versprechen des industriellen Kapitalismus abwich, als dieser noch revolutionär war.

Dieses Versprechen lautete, dass jeder produktiv sein sollte, ohne die falschen, unnötigen Kosten, die von einer rentenorientierten Klasse auferlegt wurden. Das war der Kern der klassischen Wirtschaftswissenschaft. Ein freier Markt bedeutete einen Markt frei von wirtschaftlicher Rente, nicht einen Markt, auf dem Rentenextraktoren, Vermieter, Gläubiger und Monopolisten so viel Geld wie möglich verdienen konnten.

Die Vorstellung einer guten Gesellschaft wird nicht der Art entsprechen, wie sie akademische Ökonomen beschreiben. Es gibt etwas, das über die Ökonomie hinausgeht: den moralischen Kontext. Ich denke, darum wird es in weiten Teilen der Welt bei Diskussionen und in der Politik gehen. Ich würde erwarten, dass sich dieselbe Politik auch auf die USA und sogar auf Westeuropa ausbreitet, so unzivilisiert es auch sein mag.

Es gibt eine Alternative zu dem Umweg, den die westliche Zivilisation seit den Anfängen der Zivilisation in Asien eingeschlagen hat, bevor sie im Westen oligarchisch und militarisiert wurde. Die Geschichte ist aus der Bahn geraten, aber wir können sie wieder in die richtigen Bahnen lenken, indem wir dieses moralische Element wieder einführen: die gesamte Bevölkerung unterstützen; jeden Bürger in die Selbstversorgung führen; und wenn Krankheit, Verletzung, der Verlust von Familienangehörigen oder irgendetwas anderes dies verhindert, ist es die Aufgabe der Gesellschaft, jeden zu unterstützen. Gegenseitige Hilfe.

Darüber schrieb Ibn Khaldun, ich glaube im 14. Jahrhundert. Er hatte großen Einfluss auf schottische Anthropologen des 18. Jahrhunderts, darunter David Hume und andere. Wir bringen die Wirtschaftswissenschaften zurück in den Kontext der Sozialanalyse.

Dies geschah Ende des 19. Jahrhunderts in den USA, als die meisten amerikanischen Ökonomen in Deutschland studiert hatten. Sie kehrten zurück, um zu lehren, insbesondere an Wirtschaftshochschulen und staatlichen Universitäten, und erkannten, dass die an renommierten Universitäten – Harvard, Yale, Princeton – gelehrt liberale Freihandelsökonomie nicht der Realität entsprach.

Sie schlossen sich zusammen und traten aus der American Economic Association aus, um die American Sociological Association zu gründen. Leider taten regierungsfeindliche, marktwirtschaftlich orientierte Libertäre der Soziologie das an, was die Chicagoer Schule der Wirtschaftswissenschaft angetan hatte: Sie machten sie zu kaum mehr als einer Analyse des sozialen Status.

Das Gleiche geschah in der Anthropologie. Sie trivialisierten sie, indem sie die Entwicklung der Zivilisation außer Acht ließen und stattdessen isolierte Gemeinschaften und Orte diskutierten, die von dieser Entwicklung zurückgelassen worden waren. Dies war eine westlich geprägte Sichtweise, die heute im Vergleich zu dem, was die besten Autoren der Antike – Platon und Aristoteles – sowie die führenden asiatischen Religionen erkannt hatten, als provinziell angesehen wird.

Neue Institutionen und bevorstehende Entscheidungen

Robinson Erhardt: Du sagtest, dass noch offen ist, wie es mit der Zivilisation weitergeht. Welche Entwicklungswege hältst du insbesondere für die USA für am wahrscheinlichsten?

Michael Hudson: Es ist fast unvermeidlich, dass viele Länder nicht in der Lage sein werden, ihre Dollar-Schulden zu begleichen, ohne dabei eine wirtschaftliche Depression, Arbeitslosigkeit und den Stillstand der Industrie zu riskieren, wenn die Energie- und Nahrungsmittelkrisen gegen Ende dieses Jahres ihren Höhepunkt erreichen. Was auch immer in der Zwischenzeit im Iran geschieht – es muss zu einem Bruch mit der bestehenden Weltordnung kommen.

Die Länder holen ihr Gold zurück. Wenn Staaten und Zentralbanken internationalen Reichtum erlangen, verwenden sie diesen nicht mehr zum Kauf von US-Staatsanleihen. Sie kaufen Gold oder investieren in die Währungen der anderen Länder.

Das Endergebnis wird darin bestehen, dies zu institutionalisieren. Sie werden einen Ersatz für den IWF benötigen, da sie erkennen, dass es nicht funktionieren kann, den Schuldnern Sparmaßnahmen und eine Depression aufzuzwingen. Das ist schlechte Wirtschaftspolitik. Wir brauchen eine andere internationale Finanzinstitution nach dem Vorbild, das Keynes befürwortete. Die Weltbank, die so oft von amerikanischen Militärführern geleitet wird, muss durch eine internationale Bankorganisation ersetzt werden. Ich glaube, es gibt bereits eine BRICS-Bank, die darauf ausgelegt ist, die wirtschaftliche Selbstversorgung und Eigenständigkeit der Länder zu fördern, anstatt deren Abhängigkeit von den USA und ihren Satellitenstaaten zu stärken.

Letztendlich müssen die Vereinten Nationen selbst reformiert werden und Befugnisse erhalten, die ihr 1945 nie gewährt wurden, um ihre Charta durchzusetzen. Sie verfügt über keine Armee. Amerika und seine Satellitenstaaten verfügen über ein Vetorecht gegen UN-Maßnahmen und die Macht, die Welthandelsorganisation (WTO) daran zu hindern, die USA für eklatante Verstöße gegen das internationale Handelsrecht zu bestrafen.

Es gibt keine Möglichkeit, die USA zu bestrafen. Kein internationales Gericht hat Urteile gefällt, die andere Länder dazu verpflichten, wirtschaftliche oder sonstige Sanktionen gegen die USA wegen Beteiligung an Völkermord, illegalen Kriegen, illegaler Handelspolitik und Verstößen gegen die UN-Charta zu verhängen.

Dies wird sicherlich erfordern, die Vereinten Nationen aus New York zu verlegen, da die USA Delegierte nicht an den kommenden Sitzungen nächste Woche teilnehmen lassen, wenn ihnen deren politische Ausrichtung nicht gefällt. Trump hat den Vereinten Nationen ein Ende gesetzt. Der UN-Generalsekretär prognostizierte Anfang dieses Jahres, dass die Organisation in New York im August in Konkurs gehen würde, da die USA ihre Beiträge nicht zahlten, weil ihnen viele Mitglieder nicht gefielen.

Offensichtlich ist die UNO nicht bankrott gegangen. Aber diese Drohung zwingt sie meiner Meinung nach dazu, aus den USA und aus demselben Grund auch aus der westlichen Hemisphäre ab-zuziehen. Ich bin mir nicht sicher, wohin sie gehen wird. Es wird eine Umstrukturierung der Insti-tutionen geben, die die Weltzivilisation prägen, weitgehend entlang der Leitlinien, die die UN-Charta als das von der westlichen Zivilisation seit dem Westfälischen Frieden im Jahr 1648 ent-wickelte Ideal festgelegt hat: Jedes Land hat ein Recht auf nationale Souveränität.

Das bedeutet wirtschaftliche Unabhängigkeit und Souveränität, die Freiheit, mit wem auch immer man möchte Handel zu treiben und seine Ersparnisse bei wem auch immer man möchte anzulegen, ohne einen militärischen Angriff befürchten zu müssen. Sollte es zu einem Angriff kommen, muss dieser den Regeln des Krieges unterliegen, die Zivilisten verschonen.

Diese Grundsätze gesetzlich zu verankern, reichte nicht aus, denn das Gesetz und die Gerichte wer-den nicht befolgt. Es bedarf eines aktiven politischen Bündnisses, das sagt: „Dies ist die Richtung, in die sich die Zivilisation unserer Überzeugung nach bewegen sollte.“ Dabei handelt es sich vor allem um moralische Grundsätze. Die Technologie – Informationstechnologie, Energietechnologie und Kriegführung – sollte diesem höheren moralischen Grundsatz unterliegen, der die Zivilisation leitet.

Das ist es, was andere Länder fordern werden. Die Staats- und Regierungschefs aller Länder werden dies einfordern müssen. Irgendwie scheinen sie immer dann aufzutauchen, wenn sie gebraucht wer-den.

Robinson Erhardt: Michael, wie immer war es mir eine große Freude, mit dir zu sprechen. Ich freue mich darauf, dies bald wieder zu tun, und ich bin sicher, dass wir das tun werden.

Michael Hudson: Vielen Dank, dass ich hier sein durfte, Robinson.